

# INFOFAX



WASSERVERBANDSTAG e. V. Bremen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt

Verantwortlich: Geschäftsführer Godehard Hennies,

Am Mittelfelde 169, 30519 Hannover, Telefon 0511 / 879660, FAX 0511 / 8796619

Jahrgang 2016 / Nr.01

IF 01/16

11.01.2016

## Neue Schwellenwerte für EU-weite Vergaben ab 01.01.2016

Die EU hat durch Verordnung neue Schwellenwerte festgesetzt, bei deren Erreichen für die Vergabe eines Auftrags das europäische Vergaberecht gilt und europaweit auszuschreiben ist. Die Schwellenwerte gelten für Vergaben, die ab dem 01.01.2016 beginnen. Der Schwellenwert beträgt für Bauaufträge künftig 5.225.000 € (anstatt bisher 5.186.000 €), für Liefer- und Dienstleistungsaufträge 209.000 € (statt bisher 207.000 €), für Liefer- und Dienstleistungsaufträge im Sektorenbereich 418.000 € (statt bisher 414.000 €) und für Konzessionsaufträge, die für Verbände allerdings wenig relevant sind, 5.225.000 € (statt bisher 5.186.000 €). Bei Vergabeverfahren, die vor dem 01.01.2016 durch Versendung der Bekanntmachung begonnen wurden, bleibt es bei den alten in Klammern gesetzten Schwellenwerten, auch wenn die Vergabeverfahren in das Jahr 2016 hineinreichen.

## Düngegesetz verabschiedet

Die Bundesregierung hat im Dezember den Gesetzentwurf zum Düngegesetz verabschiedet. Auf dieser Grundlage kann nun auch die Novelle der Düngeverordnung weiter vorangehen. Der beschlossene Gesetzesentwurf steht unter <http://www.bundesrat.de/SharedDocs/beratungsvorgaenge/2015/0601-0700/0629-15.html> zur Verfügung.

## UBA-Bericht zum Phosphorrecycling

Das Umweltbundesamt (UBA) hat einen Bericht zur P-Rückgewinnung vorgelegt. Hierin werden das Einsparpotenzial von Phosphor sowie die Qualität der Rezyklate und deren Einsatz als Düngemittel in der Landwirtschaft bzw. in der Düngemittelindustrie betrachtet. Zudem nimmt der Bericht eine Bewertung der unterschiedlichen Verfahren zum P-Recycling vor, die u.a. auch Kosten und Energieaufwand betrachtet. Des Weiteren werden Hinweise zur Entwicklung der thermischen Klärschlamm Entsorgung zur Langzeitlagerung der Klärschlammaschen gegeben. Der Bericht steht zur Verfügung unter:

<https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/bewertung-konkreter-massnahmen-einer-weitergehenden>

## Beschluss der UMK zu Nitrat und PSM

Die Länder-Umweltministerkonferenz (UMK) hat in Ihrer letzten Sitzung im November einen Beschluss zum Grundwasserschutz gefasst. Demnach wird eine bundesweit einheitliche Strategie gefordert, die Maßnahmen zur Vorsorge, weitere Instrumente bei festgestellten Grundwasserverunreinigungen sowie ergänzende Maßnahmen umfassen soll. Hierfür möchte die UMK neben Nitrat auch z.B. Sulfat, Ammonium und Uran einzubeziehen. Bis Herbst 2016 soll die LAWA diesbezüglich Messstellen auswerten.

Bezüglich PSM hat die UMK sich dafür ausgesprochen, auch die so genannten nicht relevanten Metabolite (nrM) im Grundwasser zu reduzieren. Die UMK bittet den Bund daher, bei der Änderung der Grundwasserverordnung Schwellenwerte für die nrM von 1,0 µg/l, bzw. in Höhe der jeweiligen gesundheitlichen Orientierungswerte des Umweltbundesamtes (UBA) aufzunehmen.

## EU-Kommission zur Wiederverwendung von Wasser

Die EU-Kommission hat im Dezember ein Maßnahmenpaket zur Kreislaufwirtschaft veröffentlicht, das u.a. auch die Wiederverwendung von Wasser betrifft. Laut EU-Kommission stellt die Wiederverwendung von aufbereitetem Abwasser eine Möglichkeit dar, um den Druck auf übermäßig in Anspruch genommene Wasserressourcen in der EU zu mindern. Zudem trage die Wiederverwendung von Wasser in der Landwirtschaft zum Nährstoffrecycling bei. Die Kommission hat in diesem Zusammenhang Maßnahmen zur Förderung der Wiederverwendung von aufbereitetem Abwasser angekündigt. Hierbei sollen u.a. auch Mindestanforderungen für wiederverwendetes Wasser festgelegt werden.

## Konsultation Erneuerbare Energien und Umweltpolitik

Noch bis 10. Februar 2016 laufen Konsultationen der Europäischen Kommission zur Vorbereitung einer neuen Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen für den Zeitraum nach 2020 und zur Rationalisierung der Überwachungs- und Berichtspflichten in der Umweltpolitik. Näheres unter: <https://ec.europa.eu/energy/en/consultations/preparation-new-renewable-energy-directive-period-after-2020>